

## 1.5. Abzug aus Afghanistan, aber nicht kopflos! Positionen des Darmstädter Signals

Interview mit Kapitänleutnant Jörg Wiebach

**W**eltTrends sprach mit Kapitänleutnant Jörg Wiebach, dem Sprecher des Arbeitskreises Darmstädter Signal, über die Afghanistanpolitik der NATO, die Notwendigkeit des Abzugs der Bundeswehrtruppen aus dem Land der Afghanen und die Pläne des Bundesministers der Verteidigung zur Reform der Bundeswehr (Stand: 20. September 2010).

*WeltTrends:* Die deutschen Institute zur Friedens- und Konfliktforschung schätzen in ihrem „Friedensgutachten 2010“ die Afghanistanpolitik der NATO als „gescheitert“ ein. Wie bewerten Sie die Situation?

*Jörg Wiebach:* Dass die NATO-Strategie die hochgesteckten Ziele nicht erreicht hat, ist allenthalben nichts wirklich Neues. Von Beginn an haben sich die verantwortlichen NATO-Strategen, allen voran jene der USA, der Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsgruppen in Afghanistan verweigert und ignoriert, dass dieses Völkergemisch nicht mit dem westlichen Denken und unseren Vorstellungen von Demokratie zu beeinflussen ist. Die Installation eines willfährigen Helfers in der Person des Präsidenten Karzai ist eindeutig zu kurz gedacht. Dafür sind die Beziehungsgeflechte innerhalb der Clan-Strukturen und deren Rechtsempfinden einfach zu komplex. Das hätten die Interventionsnationen von vornherein berücksichtigen müssen.

*WeltTrends:* Angesichts des Truppenrückzugs der Niederlande und Kanadas sowie der Ankündigung der USA, die eigenen Truppen abzuziehen: Wann sollte Deutschland mit dem Rückzug der Bundeswehr beginnen und welchen Zeitraum veranschlagen Sie dafür?

*Jörg Wiebach:* Je früher, desto besser. Wir müssen uns allerdings im Klaren sein, dass ein Rückzug nicht kopflos stattfinden darf. Zudem glaube ich nicht, dass der von Barack Obama angekündigte Beginn des Abzugs der US-Truppen tatsächlich schon



Jörg Wiebach, geb. 1961,  
Kapitänleutnant und seit  
2009 Sprecher des Arbeits-  
kreises Darmstädter Signal.  
JoergWiebach@Darmsta-  
edter-Signal.de

2011 kommen wird. Das ist vermutlich eine Hinhaltetaktik, um den auch in den USA immer stärker werdenden Widerstand gegen die Intervention in Afghanistan zu begrenzen. Das sollte bewertet werden, wenn tatsächlich die ersten Provinzen in die Eigenverantwortung der ANA bzw. der ANP (*Afghan National Army, Afghan National Police*) übergeben worden sind.

*WeltTrends:* Welche sind (erste) notwendige Schritte zum Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan?

*Jörg Wiebach:* Die Rückkehr zu defensivem, auf Aufbau ausgerichteten Einsatz unserer deutschen Truppen, die intensive Förderung und der Ausbau der zivilen Hilfe unter Beteiligung der afghanischen Bevölkerung bzw. deren Clan- und Stammesführern sowie die bereits jetzt spürbare Übergabe von Verantwortung an die afghanischen Sicherheitskräfte, um zu alleinverantwortlichem Handeln zu „erziehen“.

*WeltTrends:* Die Bundeswehrführung hat schwere Waffen (Panzerkanonen und Schützenpanzer) nach Afghanistan verlegt. Ist dies ein Teil der Abzugsstrategie?

*Jörg Wiebach:* Na ja, ist das nicht eher eine Reaktion einer schon lange gewonnenen Erkenntnis, dass die deutsche Position in Afghanistan sich von „Lachen, Helfen“ in offensives militärisches Handeln im Fahrwasser der USA gewandelt hat und die Bundeswehr nunmehr solcherart Waffen für die Fortführung dieses unsäglichen Einsatzes benötigt, weil sie von der afghanischen Bevölkerung und erst recht von den sogenannten Aufständischen nicht mehr als Helfernation gesehen wird und sie sich häufigeren Angriffen ausgesetzt sieht? Nicht dass wir uns missverstehen: Hier geht es nicht um Antiamerikanismus, sondern um eine meines Erachtens unreflektierte Erfüllung einer eingeforderten Bündnisverpflichtung durch die USA, die scheinbar aus dem Ruder gelaufen ist.

*WeltTrends:* Wie sehen Sie das Schicksal der (zurückbleibenden) afghanischen Hilfskräfte und Verbündeten? Ist ein „Blutbad“ zu erwarten?

*Jörg Wiebach:* Darauf eine Antwort zu geben gleicht der Kristallkugelleserei. Ich bin aber sicher, dass selbst nach Abzug der

Interventionsnationen der Konflikt in Afghanistan nicht beendet sein wird. Und ein Blutbad findet dort seit Jahrzehnten statt. Die Menschen im Land kennen seit Generationen nur Krieg, nichts als Krieg. Diese Erfahrungen lassen sich nicht von heute auf morgen einfach wegwischen. Mit militärischer Gewalt von außen erst recht nicht. Und ist es nicht auch eine Erkenntnis, dass die Hilfsorganisationen lieber ohne militärischen Schutz erfolgreich arbeiten? Darauf muss man bauen, auch wenn die Fortschritte nur kleine sein werden.

*WeltTrends:* Wer sind Partner, an die die Macht übergeben werden kann?

*Jörg Wiebach:* Bisher bauten die Alliierten allein auf die installierte, mit fragwürdigen Wahlen legitimierte Regierung in Kabul. Nun scheint sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, dass für einen wie auch immer gearteten Frieden alle beteiligten Gruppierungen an einen Tisch geholt werden müssen. Das hat der Arbeitskreis Darmstädter Signal schon lange gefordert und übrigens auch der ein oder andere Politiker in Deutschland. Solcherart Vorgehen könnte die afghanischen Sicherheitskräfte zu einer größtmöglichen Akzeptanz unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen führen und somit zu erfolgreicher Arbeit. Nur Afghanen können nach dem Rechtsverständnis der afghanischen Bevölkerung handeln.


*WeltTrends:* Wie bewerten Sie die Vorschläge von Karl-Theodor zu Guttenberg zur Reform der Bundeswehr mit Blick auf künftige Kampf- und UNO-Einsätze der Bundeswehr im Ausland?

*Jörg Wiebach:* Die Streitkräfte zu verringern ist schon lange Ziel unserer Arbeit im Darmstädter Signal und es ist erfreulich, dass dies nun auch umgesetzt wird. Bedauerlicherweise rührt dies aber nicht aus politischen Erkenntnissen, sondern folgt im Wesentlichen finanziellen Erwägungen. Gleiches gilt für die Aussetzung der Wehrpflicht. Die Bundesrepublik Deutschland soll durchaus ein wehrhafter Staat sein. Die Einbindung in Systeme kollektiver Verteidigung, eigentlich kollektiver Sicherheit, verdeutlicht dies auch nachhaltig. Allerdings sind die im letzten Jahrzehnt gewachsene Beteiligungen an NATO-geführten Interventionen meines Erachtens eine Abkehr vom Verteidigungsgedanken und

ich befürchte, dass dies auch weiterhin Bestandteil der Außenpolitik unseres Landes sein wird: ein unerträglicher Gedanke. Bleibt vielleicht der Trost, dass wir bei einer schon jetzt chronisch unterfinanzierten Bundeswehr für ausschweifende militärische Abenteuer keine finanziellen Mittel mehr haben werden. Und an der Unterfinanzierung wird die Reduzierung des Umfangs unserer Streitkräfte nicht wirklich viel ändern. Da stehen wir in Europa und darüber hinaus aber nicht allein.

*WeltTrends:* Die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist kritisch eingestellt gegenüber deutschen Auslandseinsätzen bzw. desinteressiert am Schicksal deutscher Soldaten im Kampfeinsatz. Wie wird das in „der Truppe“ aufgenommen?

*Jörg Wiebach:* Nach wie vor stehen 70 Prozent der Bevölkerung dem militärischen Einsatz in Afghanistan ablehnend gegenüber. Und trotzdem wird von der Politik weiterhin daran festgehalten und mit der Bündnisverpflichtung sowie der herausgehobenen Verantwortung Deutschlands in der Welt begründet. Mag ja sein. Aber die Deutschen mögen keine Kriege geführt wissen. Dass sie allerdings gegenüber der Politik nicht demonstrativ aufbegehren, könnte an der allgemeinen Politikverdrossenheit liegen. Ich glaube allerdings nicht, dass der Großteil der Bevölkerung dem Schicksal unserer Soldaten unbeteiligt oder gar ignorant gegenüber steht. Dafür war die Anteilnahme an den unlängst gefallenem sieben Soldaten einfach zu groß. Und ich bin sicher, dass die Abzugsdiskussion neu aufflammen wird, sollten wieder deutsche Soldaten in Afghanistan getötet werden. Grundsätzlich wird aber in der Truppe das – wie Horst Köhler es ausdrückte – wohlwollende Desinteresse schon sehr beklagt. Die Soldaten, die einen unbestritten harten Dienst in den Auslandseinsätzen leisten, wünschen sich deutlich mehr Akzeptanz ihres Handelns, schließlich wurden sie vom Parlament entsandt. Ich denke, das ist ein berechtigtes Anliegen. Und wenn die deutsche Bevölkerung militärische Einsätze der Bundeswehr ablehnt, muss das gegenüber der Politik deutlich werden und darf nicht zur Ablehnung des Menschen als Soldat führen.

*WeltTrends bedankt sich für das Gespräch!* 

Die Fragen stellten Heike Imhof-Rudolph und Lutz Kleinwächter.

\* Die Antworten von Jörg Wiebach sind die einer Privatperson und spiegeln seine persönliche Position sowie jene des Darmstädter Signals wider.